

Karp, Uwe	Ratsmitglied
Knülle, Marc	Ratsmitglied
Mewes, Hannelore	Ratsmitglied
Reese, Helga	Ratsmitglied
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Waldästl, Denis	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian	Ratsmitglied
Metz, Martin	Ratsmitglied
Nonnen, Alfred	Ratsmitglied
Piéla, Günter	Ratsmitglied
Piéla-Jonda, Barbara	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied
Kammel, Jürgen	3. stellv. Bürgermeister
Silber-Bonz, Anne-Katrin	Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
Schmidt, Carmen	Ratsmitglied

Protokollführer

Müller, Thomas

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Heckeroth, Friedrich Wilhelm	1. stellv. Bürgermeister
------------------------------	--------------------------

SPD-Fraktion

Borowski, Heike	Ratsmitglied
Kok, Eugenie	Ratsmitglied
Nettesheim, Andreas	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Pütz, Jörg	Ratsmitglied
Züll, Wolfgang E.	Ratsmitglied

Fraktionslos

Austria-Zink, Günter	Ratsmitglied
----------------------	--------------

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken	Dez. III
Herr Gleß	Dez. IV
Frau Krumm	FB 0
Herr Steinkamp	FB 1
Herr Rupp	FB 2
Herr Stroß	FB 3
Frau Clauss	FB 5
Frau Kusserow	FB 5
Herr Knipp	FD 6/10
Herr Trübenbach	FD 6/30
Frau Billig	FB 9
Herr May	BRB
Frau Oberdörfer	BRB
Frau Gläb	RD
Herr Fey	RPA
Herr Neß	SD
Herr Bastian	WBF
Herr Hennecken	ZV

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.04.2012
3. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 15.05.2012
- 3.1. 12/0175 Auswirkungen der demographischen Entwicklung für Schulstandorte im Primarbereich;
Machbarkeitsstudie Teil 2
Zentrumsausschuss vom 13.03.2012
- 3.2. 12/0016 Bebauungsplan Nr. 107 "Zentrum";
1. Beschluss über vorgebrachte Anregungen;
2. Satzungsbeschluss
4. 12/0177 Änderung des Stellenplanes
5. Anträge der Fraktionen
6. Anfragen und Mitteilungen
- 6.1. Anfragen
- 6.1.1. 12/0174 Schulentwicklung
CDU-Fraktion
- 6.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 18.04.2012
- 2.1. 12/0211 Erwerb einer Grundstücksteilfläche für die geplante Ost-West-Spange im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 107 – 'Zentrum'
3. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Zentrumsausschuss vom 13.03.2012
- 3.1. 12/0025 Bebauungsplan Nr. 107 "Zentrum";
Vorstellung der Inhalte des Durchführungsvertrages zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr.107 "Zentrum"
4. 12/0180 Abschluss eines Erschließungsvertrages für den Geltungsbereich des B-Plan 416 'Fasanenweg' in Sankt Augustin-Menden
- 4.1. 12/0198 Zustimmung nach § 61 Abs. 4 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) zur Besetzung der Stelle einer Schulleiterin/eines Schulleiters an der städtischen Gesamtschule Sankt Augustin
5. Anträge der Fraktionen
6. Anfragen und Mitteilungen
- 6.1. Anfragen
- 6.1.1. 12/0200 Zu TOP 3.1 nicht öffentlicher Teil: Bebauungsplan 107 'Zentrum', Durchführungsvertrag;
hier: Stand der Verhandlungen zum Durchführungsvertrag, zum Kaufvertrag Mk 1 und MK 2 sowie der Entwicklungsmaßnahme Zentrum-West

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 6.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Er begrüßte Frau Reese als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Herr Grote.

Der Bürgermeister wies auf die als Tischvorlagen verteilte Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 15.05.2012 sowie den Beschlussvorschlag zu Tagesordnungspunkt 3.1 hin.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.04.2012	
---	--	---	--

Der Rat nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3		Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse	
---	--	---	--

**Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom
15.05.2012**

3.1	12/0175	Auswirkungen der demographischen Entwicklung für Schulstandorte im Primarbereich; Machbarkeitsstudie Teil 2	FB 5 Bericht bis 01.10.2012
-----	---------	--	--

Der Bürgermeister wies auf die zu diesem Tagesordnungspunkt verteilte Tischvorlage hin, in der die Beschlussempfehlung des Fachausschusses formuliert ist.

Der seitens der Verwaltung im Fachausschuss vorgestellte Vorschlag umfasste zunächst die Varianten:

- Verlagerung ins Schulzentrum Niederpleis,
- einzügige Fortführung der Grundschule in der Freien Buschstraße

Haushalterisch sei es nicht möglich, die Schule im derzeitigen Bestand am Standort Freie Buschstraße fortzuführen.

Unter den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erkenntnissen habe der Schulausschuss im Juli 2011 beschlossen, die Schule nicht auslaufen zu lassen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Grundschule am jetzigen Standort einzügig fortzuführen. Diesem Vorschlag sei der Fachausschuss nicht gefolgt.

Seitens der Schulleitung sei nach Rücksprache mit den Elternvertretern und den Verantwortlichen der OGS gegenüber der Verwaltung erklärt worden, dass eine Einzügigkeit am jetzigen Standort nicht gewünscht sei. Es sei nun der Umzug in das Schulzentrum Niederpleis favorisiert worden.

Das Auslaufen lassen der Schule sei mit einem Kostenaufwand von ca. 1,7 Mio. € veranschlagt. Dem hingegen belaufen sich die prognostizierten Kosten für einen Umzug in das Schulzentrum Niederpleis auf ca. 4,2 Mio. €. Unter dieser Prämisse und aus haushalterischen Gründen stütze die Verwaltung die vom Fachausschuss ausgesprochene Beschlussempfehlung.

Hiernach erfolgten Reden der einzelnen Fraktionen:

Herr Schell für die CDU-Fraktion

Herr Waldästl für die SPD-Fraktion

Herr Köhler für die Fraktion AUFBRUCH!

Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Jung für die FDP-Fraktion

Die Reden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Bergmann-Gries ergänzte, die Grundschule Freie Buschstraße und auch der Ortsteil Niederpleis warten seit vielen Jahren auf eine Perspektive. Die Kommunikation dazu sei unzureichend gewesen und habe Möglichkeiten verspielt. Das große Bemühen der derzeitigen Besetzung des Fachbereichs Gebäudemanagement nahm sie hiervon ausdrücklich aus. Sie rief den Beschluss des Fachausschusses aus dem Jahr 2011 in Erinnerung, der ein Auslaufen der Grundschule ausschloss. Dies sei von der Schule und den Eltern ernst genommen worden. Sie befürchte, dass eine Auflösung der Grundschule dem Ortskern von Niederpleis schade. Es gebe schulpolitische Gründe, den Bestand der Schule zu sichern. Alternativen zur Auflösung seien aufgezeigt worden und haushalterisch möglich. Sie könne eine Missachtung der Interessen der Schule und der Niederpleiser Bürger nicht verantworten. Daher spreche sie sich gegen die Auflösung der Schule aus.

Frau Schmidt teilte mit, der von der Fraktion AUFBRUCH! favorisierte Vorschlag einer Einzügigkeit entspreche der Intention des neu eingebrachten Grundschulkonzeptes der Landesregierung. Damit werde eine qualitativ hochwertige und wohnungsnahе Versorgung im Grundschulbereich bei rückläufiger Schülerzahl mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen gewährleistet. Eine Studie, wonach nur zweizügige Grundschulen in der Lage seien pädagogisch wertvoll zu arbeiten, sei ihr nicht bekannt. Einzügige Grundschulen befänden sich landesweit in der Spitzengruppe dieser Schulform. Schulauflösungen würden regelmäßig zu größeren Klassenverbänden bei den aufnehmenden Schulen führen. Die positiven Effekte kleinerer Klassen würden damit zunichte gemacht.

Herr Dr. Büsse hielt dem entgegen, die Landesregierung habe im vergangenen Jahr 44 Lehrerstellen abgebaut. Bei einer Einzügigkeit von Grundschulen sei jedoch mit einem erhöhten Lehrerberarf zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sei eine Einzügigkeit von der Bezirksregierung schulfachlich und pädagogisch nicht als wünschenswert bezeichnet worden. Bei einer Gleichbehandlung im Zusammenhang mit der Einzügigkeit müsse auch im Ortsteil Birlinghoven eine einzügige Grundschule eingerichtet werden.

Für die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AUFBRUCH! beantragten Herr Metz, Herr Knülle und Herr Köhler die nachfolgende Abstimmung geheim durchzuführen.

Es bestand Einvernehmen, die geheime Abstimmung für den Punkt 2 des vorliegenden Beschlussvorschlages vorzunehmen, den der Bürgermeister verlas.

Für die Durchführung der Abstimmung benannten die Fraktionen Frau Bergmann-Gries (SPD), Frau Schmidt (AUFBRUCH!), Herr Piéla (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Kammel (FDP) und Frau Mölders (CDU).

Der Rat der Stadt Sankt Augustin fasste in geheimer Abstimmung folgenden Beschluss:

„Da der Erhalt der Gemeinschaftsgrundschule Freie Buschstraße am jetzigen Standort in zweizügiger Form haushälterisch nicht darstellbar ist und da der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung seinen Beschluss vom 20.07.2011 (DS-Nr. 11/0316) aufgehoben hat, beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin gem. § 81 Abs. 2 Satz 1 SchulG NRW, dass am Standort der Gemeinschaftsgrundschule Freie Buschstraße zum Schuljahr 2013/2014 keine neuen Eingangsklassen mehr an der bestehenden Grundschule gebildet werden (Auflösungsbeschluss) und die bestehende Grundschule sukzessive ausläuft.“

Jastimmen 25
Neinstimmen 19

(Die Stimmzettel sind dem Original der Niederschrift in einem versiegelten Umschlag beigefügt)

Darüber hinaus beschloss der Rat in offener Abstimmung:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln die Genehmigung für die beschlossene schulorganisatorische Maßnahme einzuholen.“

Jastimmen 27
Neinstimmen 13
Enthaltungen 2

Zentrumsausschuss vom 13.03.2012

3.2	12/0016	Bebauungsplan Nr. 107 "Zentrum"; 1. Beschluss über vorgebrachte Anregungen; 2. Satzungsbeschluss	FD 6/10
------------	----------------	---	----------------

Herr Gleß erläuterte, dem Verkauf des fehlenden Grundstücks und Eintragung der erforderlichen Dienstbarkeit für die Realisierung der „Ost-West-Spange“ und der „Spindel“ sei am heutigen Tag von der Stadtbahngesellschaft Bonn zugestimmt worden. Einzelheiten hierzu werde er im nicht öffentlichen Teil der Sitzung erläutern. Von Seiten der Stadt seien alle formalen Dinge geklärt.

Der Bürgermeister ergänzte, die sich aus der letzten Sitzung des Zentrumsausschusses ergebenden Fragestellungen seien an den Investor weitergeleitet worden. Ein persönliches Gespräch habe bereits stattgefunden. Am 18.05.2012 habe die Verwaltung ein Schreiben des Investors erreicht, dass am 21.05.2012 eine Gesellschafterversammlung einberufen sei, die sich mit den Fragen beschäftige. Am 22.05.2012 habe ihn ein weiteres Schreiben des Investors erreicht, wonach eine eingehende Behandlung des HUMA-Projektes in der Gesellschafterversammlung erfolgt sei. Die Gesellschafter seien deutlich irritiert hinsichtlich der immer noch nicht abschließend rechtssicher vorliegenden Grundlage für eine Bebauung. Die Gesellschafterversammlung habe den Beschluss gefasst, zunächst eine eindeutige und vorbehaltfreie Zusage hinsichtlich der Berechtigung zum Ankauf des Grundstücks für die „Ost-West-Spange“ abzuwarten. Dies stelle eine wesentliche Bedingung für die Geschäftsleitung dar, die für die Unterzeichnung des Durchführungsvertrages erfüllt sein müsse. Es werde eine gemeinsame Lösung im Konsens angestrebt, bauend auf das konstruktive Zusammenwirken in den vergangenen Jahren. Eine Folgesitzung der Gesellschafterversammlung sei für den 11.06.2012 terminiert, in der eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen getroffen werden solle.

Der Bürgermeister wies anschließend auf eine gemeinsame Presseerklärung der Stadt und des Investors hin. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Metz stellte fest, dass der Zeitplan für die Beschlussfassung über den Bebauungsplan nicht eingehalten werden konnte. Andere Grundstücksfragen seien bereits vor Jahren geklärt worden. Er könne nicht nachvollziehen, warum dies jetzt nicht der Fall gewesen ist. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sei es für die Politik nicht angenehm, bei vielen Dingen immer wieder Fragen an die Verwaltung richten zu müssen. Er bat um Mitteilung, ob das besagte Grundstück für die „Ost-West-Spange“ der einzige noch zu klärende Punkt zwischen Verwaltung und Investor gewesen sei. Sollte es noch weitere Punkte geben, bat er um entsprechende Erläuterung.

Der Bürgermeister wies auf den Fragenkatalog der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin, der für eine Abstimmung als wichtig erachtet würde. Diese Fragen seien seitens des Investors noch nicht beantwortet. Der vom Investor zu unterzeichnende Durchführungsvertrag liege noch nicht vor. Daher könne eine Aussage, ob und ggf. welche Problemstellungen sich noch ergeben, nicht getroffen werden. Er sagte zu, eingehende Informationen, die für die politische Beratung erforderlich sind, umgehend an die Fraktionen weiterzuleiten.

Herr Schmitz-Porten begrüßte das gute Anlaufen des Projektes und die sichere Verhandlungsführung seitens der Stadt. Das Vertrauen in diese Verhandlungsführung spreche er weiterhin aus. Herr Schell äußerte Verständnis für den Beratungsbedarf der Gesellschafterversammlung. Es handele sich um einen normalen Vorgang für ein solches Gremium. Dem schlossen sich Herr Knülle und Frau Jung an.

Herr Köhler hob die Bedeutung des Projektes für die Zukunft der Stadt Sankt Augustin hervor.

Frau Feld-Wielpütz und Herr Köhler sprachen sich dafür aus, eine Sitzung des Zentrumsausschusses oder der Lenkungsgruppe einzuberufen, um die Ergebnisse aus der Gesellschafterversammlung zu erörtern.

Nach kurzer Diskussion bestand auf Vorschlag des Bürgermeisters Einvernehmen, zunächst die Ergebnisse der Gesellschafterversammlung abzuwarten, die eine weitere Vorberatung eventuell nicht erforderlich machen.

- Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vertagt

4	12/0177	Änderung des Stellenplanes	FB 0 Bericht bis 01.10.2012
----------	----------------	-----------------------------------	--

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Stellenplan 2012 wie folgt zu ändern:

Stellenanhebungen

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule 05.50 Einrichtung Erziehungsberatungsstelle

Arbeitsplatznummer.	Bezeichnung	derzeitige Stellenplan- ausweisung	künftige Stellenplan- ausweisung
5.50/3	Sozialpädagoge/ Sozialpädagogin	S 12	S 15
5.50/5	Heilpädagoge/ Heilpädagogin	S 12	S 15
5.50/7	Heilpädagoge/ Heilpädagogin	S 12	S 15

einstimmig

5		Anträge der Fraktionen	
----------	--	-------------------------------	--

Es lagen keine Anträge vor.

6		Anfragen und Mitteilungen	
----------	--	----------------------------------	--

6.1		Anfragen	
------------	--	-----------------	--

6.1.1	12/0174	Schulentwicklung CDU-Fraktion	FB 5, FB 3, FD 6/10, FB 9
--------------	----------------	--	--

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

6.2		Mitteilungen	
------------	--	---------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen vor.